

Mehr Streitgenossenschaft als Willensnation

Die Schweiz pflegt zunehmend interne Partikularinteressen. Während wir uns an Ort drehen, verändert sich die geopolitische Lage rasant. Wir scheinen die Kraft zu übergeordneten Zielen verloren zu haben. Das sollte uns Sorgen bereiten. Gastkommentar von Anita Fetz



Wer im Bundeshaus unter der Kuppel steht und nach oben schaut, sieht die Wappen aller Kantone. Sie umringen eine Glasscheibe mit dem Schweizerkreuz, auf der ein Spruchband weht: «Unus pro omnibus, omnes pro uno» (einer für alle, alle für einen). Ausgerechnet in der Bundeshausblase scheint man das vergessen zu haben.

In der Region Basel, wo ich lebe, hat der Entscheid des Bundesrates zum Abbruch der Verhandlungen über ein institutionelles Abkommen (InstA) mit der EU grossen Ärger ausgelöst, nicht nur bei der Regierung. Auch viele Leute aus dem Volk schauen konsterniert nach Bundesbern. Wir sind seit Jahrhunderten (die Weltkriege ausgenommen) mit unseren Nachbarn eng verbunden, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch menschlich, kulturell, wissenschaftlich und verkehrstechnisch. Viele Baslerinnen wohnen im Elsass oder im Badischen und umgekehrt. Jeden Tag kommen gegen 35 000 Grenzgänger bei uns zur Arbeit. Zusammen erforschen und produzieren wir Waren und Dienstleistungen, die uns zum schweizerischen Exportmeister machen. 30 Prozent aller Schweizer Ausfuhr stammen aus Basel-Stadt – mehr als die zwölf Kantone der Ostschweiz und des Mittellands zusammen exportieren. Darum wissen wir genau, wie wertvoll die Beziehungen zur EU sind.

Aus Erfahrung wissen wir auch, dass mit Powerplay keine Kooperation mit unterschiedlichen Partnern möglich ist. Wir müssen für jedes mittlere Verkehrsprojekt mit zwei Ländern, vier Kantonen und dem Bund verhandeln. Das ist sehr kompliziert. Dazu braucht es flexible Verhandlungspositionen und oft mehrere Anläufe.

Veritabler Scherbenhaufen

Ich halte es für einen groben Fehlentscheid des Bundesrates, ohne brauchbaren Plan B abrupt vom Verhandlungstisch aufzustehen, ohne die letzten Meter – die wichtigsten in einer Verhandlung – durchzuarbeiten. Der Abbruch erfolgte gegen den Willen fast aller Kantone und gegen die Empfehlung der Aussenpolitischen Kommission, was die Verfassung

Bis heute ist vollkommen unklar, wie der Bundesrat verhandelt, welche Kompromisse er vorgelegt und warum er so plötzlich eine Kursänderung vollzogen hat.

arg strapaziert (Art. 55 und 166 BV). Und dies mit der Behauptung, das Abkommen sei nicht mehrheitsfähig. Lässt sich der Bundesrat neuerdings vom Orakel von Delphi beraten? Bis heute ist vollkommen unklar, wie der Bundesrat verhandelt, welche Kompromisse er vorgelegt und warum er so plötzlich eine Kursänderung vollzogen hat. Ebenso unklar ist, was der Abbruch der Verhandlungen für den Status quo der Bilateralen bedeutet.

Der Bundesrat machte von Anfang an keine «bella figura». Statt das Dossier innenpolitisch zu führen, war aussitzen angesagt. 2018 verursachte Aussenminister Cassis einen Crash, weil er in einem Interview den Lohnschutz zum Abschluss freigab. Natürlich reagierten die Gewerkschaften. Es war der Anfang einer Blockade, die der Gesamtbundesrat nie ernst nahm, sonst hätte er massiv vermittelt wie bei der Bilateralen 1999. Er liess ein Vakuum entstehen, in dem das InstA öffentlich schlechtgeredet werden konnte. Die in diesem Dossier wichtigsten Bundesratsparteien FDP, Mitte und SP machten auch eine schlechte Falle. Die junge Führung der SP war dem sturen Powerplay der Gewerkschaften nicht gewachsen. Dabei wurde übersehen, dass in der EU seit Ende 2018 das neue Entsendegesetz in Kraft ist, in dem das Prinzip «gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort» verankert ist, und zwar gerichtsfest, wie das kürzlich erfolgte Urteil des EuGH gegen Ungarn und Polen zeigt. Die beiden Länder hatten erfolglos gegen das neue Gesetz geklagt.

Nicht immer ein «einig Volk»

Statt um die Interessen des Landes pokerte das politische Establishment um die beste Ausgangslage bei den nächsten Wahlen, ein schlecht verdeckter Machtkampf um die künftige Verteilung der Bundesratssitze. So macht man Politik öffentlich unglaubwürdig.

Wer vor dem Portal des Bundeshauses steht, sieht in der linken Nische die grosse Statue eines alten Mannes mit einem Buch: der «Geschichtsschreiber der Vergangenheit». Er soll die eintreten-

den Parlamentarierinnen und Parlamentarier daran erinnern, dass ihre Entscheide eine lange Vorgeschichte haben. Dazu gehören auch die enge Verflechtung mit Europa und die blutigen Konflikte zwischen den Orten der Alten Eidgenossenschaft. Diese war alles andere als ein «einig Volk von Brüdern». Die Orte hatten einzeln verschiedene Allianzverträge mit diversen europäischen Mächten. Der längste bilaterale Vertrag existierte ab 1516 – nach der Niederlage von Marignano – mit Frankreich und hielt bis zur Französischen Revolution. Der Deal lautete: Söldner gegen Zollprivilegien und verbilligtes Salz, was erst den florierenden Käseexport ermöglichte. Der französische Gesandte nahm sogar an Tagsatzungen teil. Da war keine Rede von gemeinsamem Unabhängigkeitskampf für die Freiheit. Diesen inszenierte erst die «vaterländische» Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts. Auch am Wiener Kongress von 1815 waren die Vertreter der Alten Eidgenossenschaft so zerstritten, dass die europäischen Mächte ihr die heutigen Grenzen und die Neutralität völkerrechtlich verordnen mussten. Sie wollten einen bewaffneten, neutralen Pufferstaat im geostrategisch wichtigen Alpenraum. Sogar die Gründung des modernen Bundesstaates von 1848 war erst nach einem Bürgerkrieg möglich. Die Streitgenossen hatten kaum ein genuines Talent für gemeinsame, übergeordnete Ziele.

Souverän im Reduit

Dies änderte sich im 20. Jahrhundert. Seit dem Zweiten Weltkrieg dominiert in der Schweizer Politik der Reduitgedanke, immer noch, obwohl wir im 21. Jahrhundert leben. Im Bundeshaus gilt prioritär die Binnenoptik, sogar wenn es um internationale Geschäfte geht. Solange die Schweiz nicht ihr romantisierendes Geschichtsbild eines auserwählten Volkes mit Sonderfallstatus nach dem Motto «Wir sind die Besten...» ablegt, macht sie dauernd Fehler bei Verhandlungen, weil sie sich masslos überschätzt.

In Erinnerung bleibt der Staatsvertrag mit Deutschland zum Flughafen Zürich. Dieser war nicht halb so schlecht wie behauptet. Abgelehnt wurde er aber in der völlig irrigen Einschätzung, dass man dann einen besseren bekomme. Auch die Hunter-Strategie der Swissair und deren Grounding waren ein Ausfluss dieser Selbstüberschätzung. Ebenso das verbissene und verlorene Rückzugsgefecht um das Bankgeheimnis. Bei internationalen Veränderungen folgt die Schweizer Politik oft einem Muster: zunächst ein reflexartiges Nein, dann ein epischer Streit untereinander und ein Aussitzen, bis die internationale Politik Tatsachen schafft. Schliesslich passt man sich – wenig souverän – ganz schnell an, einfach zu viel schlechteren und wesentlich teureren Konditionen.

Raus aus der Sackgasse?

Die Erosion der bilateralen Verträge wird schlechend erfolgen; Durchwursteln ist vorerst wohl möglich. In der EU wird kaum mehr viel laufen, bis die Wahlen in Deutschland diesen Herbst und in Frankreich nächstes Frühjahr vorbei sind. Getroffen hat es bereits die Medtech-Branche. Auf Messers Schneide steht die volle Teilnahme der Schweiz am enorm wichtigen Forschungsprogramm Horizon Europe.

Es gibt drei Wege für die Zusammenarbeit mit der EU: ein aktualisiertes InstA, den EWR-Beitritt oder den Beitritt zur EU, der jetzt von der SP-Führung wieder aufgewärmt wird. Zuerst eine Volte rückwärts gegen das InstA und dann einen Salto vorwärts in die EU? Das versteht nicht einmal die eigene Basis. Zur Erinnerung: Der EWR-Vertrag wurde 1992 nicht nur knapp abgelehnt, weil der Bundesrat zeitgleich ein Beitrittsgebot an die EU geschickt hatte, sondern auch, weil die Grünen und ein kleiner Teil der Linken dagegen waren. Hyperaktivismus bringt jetzt nichts. Wichtiger ist, dass die gegenseitigen Schuldzuweisungen aufgehört und sich der Pulverdampf legt. Dann sollen sich jene Kräfte, welche die Bilateralen durch mehrere Abstimmungen gebracht haben, zusammenraufen und der EU innenpolitisch konsolidierte Kompromisse vorschlagen. Die EU ist mit ihren 27 Ländern genauso heterogen wie die Schweiz mit ihren 26 Kantonen. Sie hat Erfahrung damit, pragmatisch nach neuen Lösungen zu suchen. Nur: Zuerst muss die Schweiz wissen, was sie eigentlich will. Und das ist das tiefe Malaise! Die Streitgenossenschaft verherdet sich immer mehr in interne Partikularinteressen. Während wir uns am Ort drehen, verändert sich die geopolitische Lage rasant. Wir scheinen die Kraft zur Willensnation verloren zu haben. Das sollte uns Sorgen bereiten.

Rechts vom Eingangsportale des Bundeshauses steht die Statue eines jungen Mannes: «Der Geschichtsschreiber der Gegenwart» erinnert die Parlamentarier daran, dass ihre Beschlüsse alle Menschen in der Schweiz betreffen. Man darf gespannt sein, ob das Bundesparlament die Kraft aufbringt und das Heft noch in die Hand nimmt.